

DAS „DRITTE DEUTSCHLAND“ UND DIE LÖSUNG DER DEUTSCHEN FRAGE IM 19. JAHRHUNDERT

Souveränität — Defensivsystem — Aggressivität

Das bayerische Beispiel*

Von Karl Bosl

Souveränität ist heute für viele Mittel- und Kleinstaaten, wie etwa die Bundesrepublik Deutschland oder die DDR, kein innerstaatliches oder nur einzelstaatliches Problem mehr, da die politische Gesamtlage der Welt, vor allem die Aufteilung in Großmachtblöcke, Souveränität zur Völkerrechtsfrage gemacht hat. Da keines der großen Weltprobleme in nationalem Rahmen gelöst werden kann, scheint die Vernunft den raschen Ausbau supranationaler Systeme und entsprechend den Abbau nationaler Souveränitäten zu fordern. Trotzdem ist die Erdoberfläche immer noch in Parzellen aufgeteilt, die wir als staatliche Territorien bezeichnen, und trotzdem wird den Regierungen, die sie verwalten, doch eine Verfügungsgewalt über Bewohner und Potential eingeräumt, obwohl es Experten gibt, die betonen, daß dieses Schema der Verwaltung dem technischen System wie auch den elementaren Lebensbedürfnissen der Welt widerspreche. Die gleichen Leute stellen die unmutige Frage, wie lange die Welt es sich noch leisten könne, im Bereich von Technik und Naturwissenschaft rational und utopisch (d. h. die zukünftige Wirklichkeit in der Phantasie vorausgestaltend), im Bereich von Politik und Gesellschaft aber reaktionär und irrational zu denken. Auf den ersten Blick ist also das Thema „Bayern als souveräner Staat“ und das Thema des Dritten Deutschland bei der Lösung der deutschen Frage im 19. Jahrhundert, auch wenn es nur die Wegstrecke vom Deutschen Bund zum kleindeutschen Nationalstaat stärker in den Blickpunkt rückt, heillos reaktionär, ja verwirrend irrational (= widervernünftig), zumindest völlig unaktuell und auch uninteressant, wie scheinbar alle Historie im Augenblick, die nicht nur Futurologie sein will. Für eine technisch-mechanistische Auffassung von Mensch, Geist, Leben, die auch den Menschen als Maschine mit irrationaler Perfektionismus und reibungslosem Prozeßablauf ansieht, mag dieses Urteil naheliegen, obwohl es ideologisch und darum mindestens zum Teil falsch ist. Es ist eine harte Tatsache, Folge zweier verlorener Kriege und einer totalen Überforderung der deutschen Machtgrundlagen seit der Bismarckschen Reichsgründung, daß heute die Welt im ganzen wie der europäische

* Der Studie liegt ein Vortrag zugrunde, den der Verfasser in der bayerischen Vertretung in Bonn am 25. März 1971 bei der Eröffnung der Ausstellung der staatlichen Archive Bayerns „Bayern und die deutsche Einigung 1870/71“ gehalten hat.

Osten im besonderen Deutschland, d. h. die westdeutsche Bundesrepublik, vielleicht auch die DDR, also die geteilten deutschen Staaten, wirtschaftlich zwar als Riesen akzeptieren, weil sie liefern und leihen können, politisch es aber gerne als Zwerg für unbestimmte Zeit sehen wollen, der weder ihnen noch sonst jemand gefährlich werden könne. Diese Lage verleitet gar manche Intellektuelle, auch Politiker des geschlagenen Deutschland, dazu, sich in utopischen Gedankenspielen einer Reform der Weltstrukturen in Richtung auf einen Globalstaat, eine Weltgesellschaft und eine Weltzivilisation zu wiegen und dabei vor den harten Wirklichkeiten unserer eigenen Lage die Augen zu verschließen, vor der gesunden Weiterentwicklung dessen, was wir mit Bund und Ländern noch in den Händen halten, zu fliehen. Gerade weil sie im Konzept der Weltmächte nicht mehr mitzureden, höchstens als Rädchen im Triebwerk mehr oder minder frei zu funktionieren haben, darum sollten sich die Deutschen mehr als sonst darauf besinnen und beschränken, ihr Haus, d. h. Gesellschaft und Staat, so gut, vernünftig und organisch als möglich zu bestellen. Staaten, auch nationale Gesellschaften werden trotz Globalzivilisation, die wir auf Flugplätzen, in Basars, auf Straßen, in der Blechbüchsen-Nahrungsmittelproduktion besonders schon greifen, noch lange bestehen und sich mindestens behaupten. Nur was organisch wächst, hat Bestand. Nicht nur futurologische Utopien und Weltreformpläne, Strukturexperimente, so aktuell sie heute sind oder aufgemacht werden, sind notwendig — ihre Notwendigkeit wird von mir deutlich gesehen und keinesfalls bestritten —, sondern auch Erfahrungen und Weisheiten, gewonnen aus gründlichem Studium der Vergangenheit und lebendigem Interesse an ihr, vor allem aber die sorgsame Bewahrung der überlebensnotwendigen Substanz werden für eine rationelle und gesunde Beurteilung von Gegenwart und Zukunft ebenso gebraucht, wie sie für das Überleben von Mensch und Gesellschaft unabdingbar notwendig sind. Wenn ein Mensch die harten Lehren der Geschichte nicht beachtet, ist er verdammt, sie noch einmal zu wiederholen (Santayana).

Der nationale Machtstaat der Deutschen ist durch die preußische Militärmacht in zwei Kriegen vorbereitet und geschaffen worden, hat seine Probe aufs Exempel im Ersten Weltkrieg bestanden und nicht bestanden, sein siecher Körper aber konnte mit den kaum in der Weimarer Republik vernarbten Wunden den Orgasmus des Dritten Reiches nicht überleben. In der düsteren Katastrophe von 1945 verloren Nationalstaat und deutsche Geschichte für die deutschen Historiker und Intellektuellen ihren Sinn. In Bonn erinnerte ich vor allem an die Worte, die der Historiker Hermann Aubin im Jahre 1945 in einer Hamburger Zeitung geschrieben hat. Für die Bundesrepublik, ihr Überleben und ihre erfolgreiche Funktion ist die innere Gesundheit und Gesundung von Staat, Gesellschaft und Kultur oberstes Gebot. Das bedeutet innere Ausgewogenheit und lebendig schöpferische Dynamik der staatlich-stämmischen Teile, der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen Kräfte. Der Streit um die Kulturautonomie der Länder, ihre Budget- und Verwaltungshoheit und last not least um den Finanzausgleich — wenn auch nicht in den krassen Formen wie zur Zeit der Weimarer Republik — sind höchst aktuelle Probleme für die Gesunderhaltung unseres Staates und für das Funktionieren seiner Ver-

fassung und seiner Gesellschaft. Es geht also nicht mehr um die staatliche Souveränität schlechthin, sondern um die moderne Form der innerstaatlichen Autonomie und Freizügigkeit, die sich als Folge der alten Souveränität ergibt. Bayern hatte im ganzen 19. und 20. Jahrhundert im Grunde nie an staatliche Selbständigkeit, zu deutsch „separatistisch“, gedacht. Nur Stalins und Churchills Aufteilungspläne von Casablanca bis Yalta und Potsdam spielten mit dem Gedanken eines Staates, bestehend aus Baden, Württemberg, Bayern, Österreich und Ungarn und mit der Hauptstadt Wien. Die derzeitige Bundesrepublik Deutschland hat als 3. deutscher Teilstaat neben DDR und Österreich — so gesehen im Rahmen einer Geschichte der deutschen Frage von 1866—1946 — noch keine staatlich-nationale, kulturelle Idee oder Ideologie, wenn man so will. Der Philosoph Karl Jaspers hat richtig, aber zu früh, auf diesen Mangel aufmerksam gemacht. Es könnte aber trotzdem nötig werden, diesen Gedanken wieder ernsthafter zu ventilieren, denn die Lage nach der Ostpolitik der Regierung Brandt läßt wohl kaum eine Rückkehr zur Ostkonzeption der früheren Regierungen zu, ganz gleich, ob man sie anerkennt oder nicht. Solange dem aber so ist und solange einige neue Staaten der Bundesrepublik Deutschland keine eigene Tradition und historische Bedeutung von unten oder oben haben oder erhalten, wird man dem Bundesstaat, der gesellschaftlich, geistig, kulturell seiner Tradition und seiner historischen Herrschaftsstruktur nach die stärkste innere Konsistenz und die größte gesellschaftlich-kulturelle Dichte hat, es zubilligen müssen, auch aus Gründen der inneren Ausgewogenheit auf seinem verfassungsmäßigen Recht mit allem Nachdruck zu bestehen. Aus diesem Grunde halte ich es für sehr aktuell, in diesem Vortrag an die bayerische Souveränität des 19. Jahrhunderts und an das Dritte Deutschland in der Geschichte der deutschen Frage zu erinnern; die Ausstellung, die der Herr Generaldirektor der staatlichen Archive Bayerns in der Bundeshauptstadt Bonn heute eröffnet hat, zeigt gerade den wohl erzwungenen, aber letzten Endes doch freiwilligen Beitrag, den Bayern und andere süddeutsche Staaten zur deutschen Einigung geleistet haben, indem sie wichtige Teile ihrer Souveränitätsrechte aufgaben. Es häufen sich die Stimmen der Ausländer, auch der Deutschland kennenden und liebenden Amerikaner, daß Deutschland unter allen Staaten Europas der amerikanisierteste, technisch mechanisierteste sei, sie behaupten das in zunehmendem Maße auch von der „heimlichen Hauptstadt Deutschlands“, dem olympischen München, das sein bayerisches Gesicht dabei verlieren könnte. Um so konsistenter und geprägter aber sind die bayerischen Lande geblieben und umso bewußter auch die Bayern selber. Von der bayerischen Souveränität zu sprechen, ist deshalb nicht nur eine geschichtswissenschaftliche oder historisch-politische Reminiszenz, sondern eine direkte Aussage über das moderne Bayern des 19./20. Jahrhunderts, ein bayerisch-politisches Bekenntnis und eine kritische Revision der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts zugleich.

Formell war Bayern im Besitze einer Vollsouveränität, d. h. des Vollbesitzes staatlicher Hoheitsrechte nach innen und außen, im ganzen 19. Jahrhundert nur knapp vier Jahre, nämlich von der Schlacht von Königgrätz und dem Prager Frieden 1866 bis zum Beginn des deutsch-französischen Krieges bzw. den Ver-

sailer Verhandlungen von 1870. Bismarck hatte den Deutschen Bund 1866 zerschlagen, wobei er Österreich mit Waffengewalt aus Deutschland hinaustrieb und, selber mit halber Seele zwar im Fahrtwind des bürgerlich-intellektuellen nationalen Liberalismus, die kleindeutsche Lösung der deutschen Frage vorbereitete, eigentlich schon entschied. In den Händeln um die schleswig-holsteinische Frage hat er Österreich zuerst mitschuldig gemacht an der Zerschlagung des Deutschen Bundes, der „Dritten Deutschen Kraft“, und es in den Augen der deutschen Öffentlichkeit diffamiert; das geschah zuletzt vor allem im Vertrag von Gastein 1865. Freilich stand die bayerische Vollsouveränität von 1866 bis 1870 auf tönernen Füßen; denn das an der Seite Österreichs geschlagene, offiziell großdeutsche, aber jetzt von einem liberalen Standesherrn von Bismarcks Gnaden (Hohenlohe-Schillingsfürst) geführte Bayern war gezwungen worden, mit Preußen ein geheimes Schutz- und Trutzbündnis zu schließen, das es auch nötigte, am deutsch-französischen Krieg 1870 teilzunehmen. Dieser Militärvertrag in völkerrechtlichen Formen, den Bayern aus der steten Angst vor Isolierung einging, gab Bismarck die Möglichkeit, auf dem Papier des Prager Friedensinstrumentes einen „Südbund“ als scheinbares Gegenstück zum Norddeutschen Bund zuzulassen, um damit die Befürchtungen Napoleons III. zu zerstreuen und mindestens einen kleinen Türspalt für französische Pläne noch offenzuhalten. Der Kanzler des Norddeutschen Bundes, der aus dieser mit Gewalt geschaffenen Föderation einen Nationalstaat entwickeln wollte, konnte Bayern ruhig in die Scheinfreiheit einer durch keine Verfassung gebundenen Vollsouveränität entlassen, weil der oben genannte fränkische Standesherr liberaler Gesinnung, Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst, später Reichsstatthalter in Elsaß-Lothringen und dann sogar Deutscher Reichskanzler, im Einverständnis mit Bismarck bis kurz vor dessen Krieg mit Frankreich in Bayern regierte. Vor allem dirigierte Bismarck insgeheim seit 1867 Bayern durch den preußischen Gesandten Werthern von Beichlingen, den man den preußisch-deutschen Reichsstatthalter in Bayern nennen muß und der auch alle Möglichkeiten hatte, weil Bayern seit dem Regierungsantritt des geisteskranken Ludwig II. (1864) bis zu dessen Tode (1886) und auch unter seinem senilen Nachfolger, dem Prinzregenten Luitpold (1886—1912), bar jeder monarchischen Initiative von oben war, d. h. also über ein halbes Jahrhundert: die Kabinette konnten nur im Einvernehmen mit dem Kanzler des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reiches regieren, weil er sowohl den König wie seinen Oberstallmeister Holstein ständig bestach und die Kabinettssekretäre einen reibungslos funktionierenden Dienst zwischen König und Kabinett garantierten. Die Mitglieder des bayerischen Kabinetts waren seit Hohenlohe bis in die Anfänge des 20. Jahrhunderts hinein ausnahmslos nationalliberal, entgegen der Zentrumsmehrheit des Parlaments und der Stimmung im Lande. In Bayern herrschte de facto bis zu Bismarcks Ausscheiden eine der Verantwortung nach weithin anonyme Ministeroligarchie in Verbindung mit den königlichen Kabinettssekretären, unter dem Prinzregenten Luitpold aber waren es die Präsidenten des geheimen Rates, vor allem der General von Widenmann. Bismarck beherrschte die Presse und hat schon lange vor 1870 die öffentliche Meinung in seinem Sinne jeweils gründlich angeheizt, und die hohe Ministerialbürokratie hatte die öffent-

liche Meinung auch gründlich manipuliert. Bismarck hat den Welfenfond, den vielgenannten Reptilienfond, den er beim 66er Krieg beschlagnahmt hatte, weidlich für seine dunklen und geheimen Manipulationen ausgenützt. Bismarck hat 1866 die norddeutschen Fürsten gestürzt und ihre Staatsgebiete im Norddeutschen Bund vereinnahmt, um Preußens Macht, die sich fortan geschlossen von der Memel über den Niederrhein quer über Norddeutschland legte, endgültig zu konsolidieren. Bismarck wußte sehr wohl, daß er preußische Machtstaatspolitik nur treiben konnte, wenn er sich das Potential der deutschen Mittel- und Kleinstaaten als Hilfe zuordnete. Aber eines kann man nicht verschweigen, auch wenn man im ganzen nicht zustimmen mag: Als Bismarck 1866 Kronen rollen ließ und legitime Fürstensessel umstieß, da war das in den Augen der meisten Menschen legitim und diente dem politischen Hochziel des nationalen Machtstaates, wie die Geschichtsschreiber, die Nationalen und die Liberalen laut priesen. Der Kölner Historiker Theodor Schieder hat zu Recht gesagt, daß der Nationalstaat nicht das einzige Ziel der deutschen Politik sein konnte und mußte. Im Gegenteil, die deutsche Geschichte bot auch noch andere Möglichkeiten an, von denen noch zu sprechen sein wird. Als die Revolution von unten aber — im Gegensatz zur Bismarckschen Revolution von oben — im Jahre 1918 Throne stürzte und Kronen rollen ließ, da war das in den Augen vieler Menschen ein Verbrechen und die sich als „gut“ verstehenden Deutschen sprachen von der Dolchstoßlegende. Wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht immer dasselbe. Und die Frage steht heute noch im Raum, ob es aufs Ganze gesehen gut ist, daß man eine Politik verfolgt, in der der Zweck jeweils die Mittel heiligt, und ob es glücklich war, daß der Nationale Machtstaat für so viele Deutsche die Ersatzreligion wurde, freilich, wie Nietzsche sagte, ohne kulturelle Kraft und ohne geistigen Impuls, und wie Max Weber sich ausdrückte, ohne echte Kraft der Erziehung zu Politik und Parlamentarismus, oder, wie wir alle wissen, ohne echtes Verständnis für die neuen Kräfte der Gesellschaft, die mit der technischen Revolution hochkamen und sich trotz Gewalt am Ende doch durchsetzten. Man wird Bismarck gerecht, wenn man ihn mit Franz Schnabel als den größten preußischen, den letzten deutschen Kabinettspolitiker mit allen Vorzügen und Schattenseiten würdigt und charakterisiert.

Wenn wir nach historischen Maßstäben für ein geschichtliches Urteil über die Bismarcksche Reichsgründung suchen, dann bieten sich europäische, österreichische, gesamtdeutsche, bayerisch-süddeutsche und preußische Aspekte an. Man tut gut dabei, Bismarcks Vorläufer auf gesamtdeutsch-europäischer Ebene Metternich und seinen mittelstaatlich deutschen und österreichisch multinationalen Gegenspieler Beust vergleichend ins Spiel zu bringen. Worin besteht Bismarcks historische Leistung? Er hat mit Hilfe der preußischen Militärmacht die fürstlichen Mittel- und Kleinstaaten des aufgelösten Deutschen Bundes, das Dritte Deutschland, das nach den Napoleonischen Kriegen auf dem Wiener Kongreß 1815 als Staatenbund in quasi völkerrechtlichen Formen begründet worden war und in der Wiener Bundesakte seine geschriebene Verfassung erhielt, zum Eintritt in den unfertigen deutschen Nationalstaat unter preußischer Hegemonie gezwungen. Dieser nationale Machtstaat legte sich den unmythisch gedachten Rang eines „Reiches“ bei, dessen Kaiser und Oberbefehlshaber im Kriege der preußische König, dessen

außenpolitischer Lenker der preußische Kanzler Otto von Bismarck war. Sein Gegenspieler, der sächsische leitende Minister Beust, hatte 1865/66 größte Anstrengungen gemacht, die süddeutschen Staaten, vor allem Bayern, zu einem militärischen Zusammengehen an der Seite Österreichs gegen den zu erwartenden Schlag Preußens zu bewegen. Die Eifersucht der süddeutschen Staaten untereinander, von denen Bayern, Württemberg und Hessen, nicht so sehr Baden, eifersüchtig über ihre Souveränität wachten und sich nicht einmal einem ihrer Partner in Gefahrenzeiten lose unterordnen wollten, war so groß, daß man sich zu spät einigte und rüstete, daß man vor allem keine genügend große Kraftanstrengung machte, seine Souveränität erfolgreich zu verteidigen. Für Bayern gilt deshalb ganz besonders die Erfahrung, daß der seine Freiheit verliert und seine Autonomie preisgeben muß, der sie nicht mit dem Einsatz seiner ganzen Kraft verteidigt. Es bleibt allerdings die Frage, ob dies unter einem geisteskranken König und dem zu unentschlossen lavierenden Thüringer von der Pfordten überhaupt möglich gewesen wäre. Nach dem preußischen Sieg bei Königgrätz über das habsburgische Kaiserreich, dem Sieg über die Norddeutschen und Bayern, bekam letzteres seinen Hohenlohe als Wegbereiter zum Eintritt in den kleindeutschen Nationalstaat, Beust aber ging von Dresden nach Wien, wohin Kaiser Franz Josef den Protestanten gegen viele Widerstände zum Leiter der Außenpolitik und zum Reichskanzler berief und ihn als Mann des liberalen Verfassungsausbaus auch hielt. So lenkte Beust die Geschicke des multinational empire der Habsburger, den Vielvölkerstaat, auf dualistischer, deutsch-magyarischer Grundlage, auch in den Monaten, da Bismarck den kleindeutschen Nationalstaat im deutsch-französischen Krieg, in den Versailler Verhandlungen mit den süddeutschen Staaten und in der Kaiserproklamation vom 18. Januar 1871 schuf. Man kann den Vorwurf nicht aufrecht erhalten, daß Beusts diplomatische Aktivität zur Sicherung des europäischen Friedens im Bunde mit Frankreich und Italien vor 1870 der Versuch einer aktiven Revanchepolitik gegen Preußen gewesen sei. Beust, ein sehr vorsichtiger Politiker, schätzte auf Grund seiner Erfahrungen die Verhältnisse in Süddeutschland realistisch ein und erkannte, daß es sehr schwierig sei, mit Hilfe Frankreichs den Einfluß Preußens auf die süddeutschen Staaten einzudämmen. Österreich orientierte sich nach Königgrätz von Berlin und Italien nach dem Südosten um. Bismarck prangerte in einer am 8. September von seinem Hauptquartier in Reims aus angezettelten Pressekampagne Beust als einzigen Bremsklotz für die Anbahnung besserer Verhältnisse mit Österreich an. Tatsache war, daß Österreich und Beust in einem deutsch-französischen Konflikt und bei dem raschen Sieg der deutschen Armee um die Störung des Gleichgewichts der europäischen Großmächte besorgt sein mußten und deshalb eine tatkräftige Liga der Neutralen aufzubauen suchten. Man arbeitete darum im August 1870 intensiv an einer Entente zwischen Rußland und Österreich, da beide eine bedrohliche Wirkung des siegreichen „Teutonismus“ und eine gefährliche Anziehungskraft des starken deutschen Nationalstaates auf ihre deutschen Untertanen befürchteten. Eine überraschende Sonderaktion Rußlands im November 1870 machte jedes antipreußische Zusammenwirken der Neutralen freilich wieder illusorisch. Im August und September 1870 forderte Bismarck das Königreich Sachsen und seine Minister besonders auf, seine

Politik in München nachdrücklich zu unterstützen und der Mission Delbrücks alle Wege zu ebnen und damit die Versailler Verhandlungen vorzubereiten. In jenen Monaten aber ertönte aus Wien der Ruf „Es gibt kein Europa mehr“. Die österreichische Diplomatie wies damit auf den Niedergang jener Formen hin, der durch Preußens Sieg und Bismarcks harte Politik besiegelt schien. Trotzdem lernte Wien rasch umdenken, zog die Konsequenzen aus dem europäischen Umsturz für die Donaumonarchie und ebnete die Bahn für den Zweibund.

Ich sprach vorhin von den europäischen Aspekten der Gründung des Bismarckschen Nationalstaates. Die Stabilität internationaler und nationaler Ordnung ruht 1.) auf der *balance of power* = dem Gleichgewicht der Kräfte, sodann 2.) auf dem moralischen Einverständnis über das, was recht und billig ist. Die Staatsmänner des Wiener Kongresses hatten 1815 die leidvolle Erfahrung gemacht, daß der europäische Friede, der eine lange Zeit tief gestört war, von einem Gleichgewicht der Kräfte abhing, das leichte Eroberungskriege verhinderte. Ihr Ziel war es darum, einen starken Block in Mitteleuropa aufzubauen, der die Franzosen und Rußland hinderte, Deutschlands politisch labile Ordnung für ihre eigenen Zwecke auszunützen oder in Europa weiter vorzudringen. Wenn Deutschland zu zentralistisch und mächtig war, konnten sich die zwei Expansivmächte Frankreich und Rußland versucht fühlen, sich zu verbünden, um ein Gegengewicht gegen die starke Mitte aufzustellen. Ein allzu zersplittertes Deutschland dagegen war ständigen Erpressungen der beiden ausgesetzt. Sollte darum der Friede in Europa gesichert sein, mußten sich alle Kräfte des Kontinents in Gleichgewichtslage befinden, dazu die Staaten Mitteleuropas, vorab Deutschlands, stark genug werden, möglichen Angriffen aus Ost und West Widerstand zu leisten, mit anderen Worten, Deutschland mußte so einheitlich strukturiert werden, daß es stark genug war, sich und den Frieden zu verteidigen, aber schwach genug, um selber keine Offensivhandlungen gegen die Nachbarn führen zu können. Die Partner aber mußten sich freiwillig dem der Gewalt übergeordneten Prinzip des Gleichgewichts als einer letzten moralischen Instanz unterordnen. Der bedeutendste und geschickteste Vertreter des Prinzips, das Deutschland fast ein halbes Jahrhundert Frieden bescherte, war bis 1848 Metternich, der eigentliche Vater der Verfassung des „Deutschen Bundes“, des ersten deutschen Staates moderner Prägung. Österreich gehörte dem Bund nur mit seinem deutschen Drittel, Preußen ohne seine polnischen Provinzen an, die es Rußland verdankte. Im Bund waren aber auch Staaten wie die Niederlande und Dänemark vertreten. Der umfangreichste deutsche Staat im Bunde, Preußen, war nicht genügend nach der Verfassung repräsentiert. Theoretisch hatten die Mittel- und Kleinstaaten die Möglichkeit, die deutschen Großmächte Österreich und Preußen zu überstimmen, wenn sie einig waren, obwohl sie nur $\frac{1}{4}$ des deutschen Volkes umfaßten. Um eine Hegemonie Preußens ohne offenen Konflikt zu verhindern, verbanden sich Österreich und die kleineren Staaten in der Regel zur Aufrechterhaltung des Status quo. Die Mitglieder des Deutschen Bundes waren im Inneren fast ganz autonom, nach außen aber war ihre Souveränität eingeschränkt, vor allem dadurch, daß der Bund Krieg erklären und Krieg führen konnte. Der Bundestag in Frankfurt war so kompliziert aufgebaut, daß er seinem Ziel genügen konnte, entscheidende

Aktionen der einzelnen zu hemmen oder ihnen auszuweichen. Außerdem war die Kontrollfunktion Österreichs in ihm sehr stark ausgebaut. Der Bundestag wirkte deshalb als eine Art Gesandtenkongreß, dessen Vertreter an die Weisungen ihrer Regierungen gebunden waren; doch hatte er daneben auch, wie schon betont, die Machtbefugnis, Krieg zu erklären. In diesem „Staate“ konnten also zu gleicher Zeit widersprechende Ziele von den einzelnen Gliedern und dem Bunde verfolgt werden, wie es im Krimkrieg und der schleswig-holsteinischen Affäre der Fall war. Gemeinsames Handeln war nur bei gemeinsamer Gefahr gegeben, die das europäische und innerdeutsche Gleichgewicht störte. Der Deutsche Bund an sich konnte weder das Gleichgewicht selber stören, noch sich auch gemeinsame positive Ziele setzen. Das versteht sich von daher, daß die deutschen Staaten ihre Souveränität erst durch Napoleon erhalten hatten. Das aber war besonders bei Bayern unter der überlegenen Führung des größten deutschen Kabinettpolitikers vor Bismarck, des Grafen Maximilian von Montgelas, der Fall gewesen.

Das alte deutsche Reich hatte nur eine Kollektivsouveränität gekannt, die im Immerwährenden Reichstag seit 1663 und im Kaiser konzentriert war. Seine verfassungsmäßige Grundlage war der Westfälische Friede, demzufolge der einzelne Staat nur eine auf Vogtei beruhende superioritas territorialis (= Territorialhoheit), aber keine Souveränität besaß. Wer für sich Souveränität beanspruchte, mußte aus dem Corpus des alten Reiches austreten, das nur bestand, weil es ein Gleichgewicht der Kräfte repräsentierte. Deshalb drängte Napoleon den Rheinbundstaaten auch die Souveränität gleichsam auf, weil er wußte, daß er dadurch den verfassungsrechtlichen Bestand des alten Reiches zerstörte. Das geschah denn auch und führte zur Abdankung des Habsburgers als deutschen Kaisers 1806. Der Deutsche Bund von 1815 stellte in gewissem Umfang ohne kaiserliche Spitze das alte Reich wieder her, aber mit der Maßgabe, daß sich jetzt souveräne Staaten zu einem losen Staatenbund unter Aufgabe bestimmter Souveränitätsrechte auf dem Feld der Außen-, aber auch der Innenpolitik zusammaten. Auf Grund der Bundesakte gaben sich die süddeutschen Staaten ausgehandelte oder oktroyierte Verfassungen mit Repräsentativvertretung. Dieser Staatenbund funktionierte vor allem deshalb und garantierte so den inneren und äußeren Frieden, weil sich Preußen trotz seines großen Machtpotentials diesem System unterordnete, da seine Könige den Liberalismus im Inneren des Staates mehr fürchteten, als sie durch eine starke Außenpolitik zu gewinnen hofften. Sie verzichteten auf ihre politischen Möglichkeiten in Deutschland und überließen Österreich den Vorrang. Auch Rußland ließ sich durch das Prinzip der Einheit der konservativen Interessen davon abhalten, seine Machtsphäre auf dem Balkan zu erweitern. Die „Heilige Allianz“ zwischen Rußland, Österreich und Preußen verhinderte Reformen und Revolutionen im Innern der Staaten und band die expansiven Mächte Rußland und Preußen an ein moralisches Friedensprinzip. Der allgemeine consensus der konservativen Monarchien überdauerte sogar die bürgerliche Revolution von 1848. Der preußische König lehnte die ihm von der deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt angebotene kleindeutsche Kaiserkrone mit dem Hinweis ab, daß nur Österreich ein historisches Recht auf die Krone habe. Die revolutionären Impulse, die das Frankreich Napoleons III. entfachte, führten die drei

Monarchen wieder so eng zusammen, daß das Metternichsche System wenigstens in den frühen 50er Jahren noch für lange Zeit gesichert schien und der Deutsche Bund im Vertrag von Olmütz sich sogar eine erneute Verfassung gab.

Dieses System des Gleichgewichts zerstörte der konservative Staatsmann Bismarck. Seit seiner Tätigkeit als preußischer Bundestagsgesandter in Frankfurt bekämpfte er die bisherige preußische Meinung, daß Preußen verletzlich sei und darum mit den anderen Monarchen zusammenarbeiten müsse. Er tat dies aus seiner Grundüberzeugung von Preußens Eigenart und Stärke heraus. Er konnte dabei darauf verweisen, daß gerade in Frankfurt die deutsche Öffentlichkeit und vor allem die Nationalen und Liberalen den Nationalstaat erstrebten, diesen von einem starken Staat erwarteten und daß sie Preußen für diesen starken Staat zur Vollendung der historischen Aufgabe hielten. Bismarck sprach aus, daß die Idee Preußens der preußischen Wirklichkeit widerspreche. Die Lähmung preußischer Macht im Menschenalter nach dem Wiener Kongreß war verursacht durch die Einheit von Nationalismus und Liberalismus. Aus Furcht vor dem Liberalismus war Preußen nicht national. Bismarck aber wies Preußen eine nationale Aufgabe unabhängig vom Liberalismus zu, zugleich brachte er seine späteren liberalen Bundesgenossen davon ab, für Freiheit und Einheit zugleich zu kämpfen, er verleitete sie dazu, an die Einheit allein zu denken. Bismarck lehnte deutsche Einheit durch parlamentarische Verfassung ab. Sein letztes konkretes Ziel mußte darum der Sturz des Metternichschen Systems in Deutschland sein, um die Kräfte Preußens zu befreien und dann die deutsche Einheit von oben durch Preußens Kraft zu verwirklichen. „Ich suche die preußische Ehre darin, daß Preußen ... nicht zugebe, daß in Deutschland etwas geschehe ohne Preußens Einwilligung“ (Bismarck). In Bismarcks Urteil widersprachen Preußens geographische Lage und sein Sicherheitsbedürfnis dem Metternichschen Gleichgewichtssystem. Preußen brauchte die Hilfe ganz Deutschlands, um seine Grenzen und seinen Bestand zu verteidigen; deshalb mußte es Deutschland, nicht Deutschland Preußen absorbieren. Bismarcks Postulat von der Unverletzlichkeit Preußens gab diesem die Überzeugung, daß es stark genug sei, gleichzeitig den Liberalismus niederzuhalten und eine starke Außenpolitik zu betreiben. Dieses Konzept bestimmte auch die Wahl seiner Mittel. Abhold jeder starren Doktrin hielt Bismarck es für durchaus möglich, eine konservative Innen- mit einer revolutionären Außenpolitik zu verbinden. Er zerstörte die Theorie, daß Preußen die Vorherrschaft in Deutschland nur durch ein Bündnis mit den Kräften erlangen könne, von denen man glaubte, daß sie im Gegensatz zu seiner inneren Struktur stünden. Bismarcks nüchterner, beherrschter Machiavellismus glaubte, daß Preußens Patriotismus so einzigartig sei, daß es die Vorherrschaft in Deutschland erringen könne; er war überzeugt, daß nationaler Stolz und historische Integrität die politische Integration schaffen könnten. Bismarck hatte als Leiter des stärksten deutschen Staates auch die Macht, seine Überzeugungen den künftigen Partnern mit Gewalt aufzudrängen und er war so geschickt, daß sie es am Schluß auch noch freiwillig tun mußten, außerdem hatte er ein gutes außenpolitisches Konzept. Zusammenfassend ist also festzustellen, daß Bismarck im Gegensatz zum Metternichschen Konzept vom Gleichgewicht der Kräfte in Mitteleuropa seine Grundidee von der eigenen Stärke Preußens und der

dynamischen Kraft dieses Staates zur Verwirklichung der nationalen Integration Deutschlands zum Wohle Preußens durchsetzte. Staatensystem gegen Einzelstaatsmacht. Er führte drei kurz hintereinander folgende siegreiche Kriege, 1864, 1866 und 1870, und er verwandelte die Form der deutschen Geschichte, bisher defensiv, ins Aggressive, wie Theodor Schieder gesagt hat.

Vor dem aufgezeichneten Hintergrund erheben sich zwei Fragen: Hat sich Bayerns Eintritt in das Bismarcksche Reich deswegen gelohnt, weil dieser deutsche Nationalstaat die Erfüllung der deutschen Geschichte gewesen ist? und 2.) Stellt der Nationalstaat überhaupt die den Deutschen vorgegebene geschichtliche Aufgabe dar? Mußten darum Preußen und die süddeutschen Staaten zwangsläufig auf ihre Souveränität verzichten? Die Französische Revolution hat den Nationalstaatsgedanken dogmatisiert. Der Nationalstaat ist eine Grundtatsache der europäischen Geschichte des 19. Jahrhunderts. Davon ist Deutschland nicht ausgeschlossen. Noch die Nachfolgestaaten der Habsburger Donaumonarchie drängten mit Hilfe der Pariser Vorortverträge von 1919, vielfach nicht zu ihrem Glück, zum unausgeglichenen Nationalstaat oder zum Vielvölkerstaat, wie das Beispiel der CSR zeigt. In Frankreich und England ist der moderne Nationalstaat durch eine jahrhundertealte Macht-, Sprach-, Religions-, und Kulturpolitik der Könige vorbereitet gewesen. In Deutschland war die Forderung nationaler Einheit eine Ideologie, die nach dem Untergang des alten Reiches von unten kam. Gerade die bürgerliche Revolution von 1848 hat die Problematik eines deutschen Nationalstaates offenbar gemacht. Ihre Forderung stellte den Bestand der deutschen Großmächte in Frage. Eine nationalstaatliche Integration Habsburgs hätte die Aufgabe fremder Nationalitäten oder die Auflösung der Donaumonarchie zur Folge gehabt. Preußen, der stärkste Staat mit der größten deutschen Bevölkerung hätte als Preis sein Aufgehen in einem deutschen Staat zahlen, hätte seine Ländermasse auflösen müssen. Das war die Quadratur des Zirkels (Schieder). Die liberale Idee des starken, gefürchteten Staates, der das kleindeutsche Reich erzwingen, war eine Illusion. Die einzige Alternative zur Bismarckschen Lösung war die Reform des Deutschen Bundes, der aber widersprach dem allgemeinen Trend, dem Nationalismus der Liberalen, dem preußischen Großmachtstreben. Der preußische Konservatismus obsiegte deshalb über den Liberalismus und bestimmte Geist und Gestalt des Reiches, weil der Liberalismus sein Gesicht verlor, große Teile der Nation preisgab und Einheit statt Freiheit wählte. Bismarck und die Liberalen wollten nichts mit der übernationalen oder besser überstaatlichen Tradition des alten Reiches zu tun haben. Für den Kanzler war das Reich, ganz modern gesehen, „Werbemittel für die Einheit und Zentralisation“ (Gedanken und Erinnerungen). Gerade letztere trat im Nachfolgestaat, der Weimarer Republik, so stark zutage, daß der bayerische Ministerpräsident Heinrich Held in seinem Kampf um Reichsreform und um einen gesunden Finanzausgleich immer wieder eine Restauration des Bismarckreiches und seiner Verfassung als das Ziel bayerischer Staatspolitik und als glücklichste Lösung der deutschen Verfassungsfrage anpries und forderte. Die Schwerkraft der preußischen Hegemonie im Nationalstaat war so stark, daß das dringend fällige Aufgehen Preußens in der deutschen Republik von Weimar sich schon darum nicht durchsetzen ließ, weil

auch Staaten wie Bayern eine ähnliche Provinzialisierung befürchteten und deshalb sogar Preußens hegemoniale Präponderanz verteidigten, als sie gefährdet war. Und Papens Staatsstreich, der dieses Aufgehen erzwang, leitete die Zerstörung der Restaunomie der deutschen Bundesstaaten ein und bereitete den öden Zentralismus der Diktatur Hitlers vor.

Das alte Reich seit dem Westfälischen Frieden von 1648 war eine lockere Defensivorganisation der Mitte Europas mit kollektiver Souveränität, welche die Billigung der Nachbarn fand. Das Bismarckreich war ein Machtstaat, der seine Aggressivkräfte so lange zügelte, als Bismarck am Steuer saß. Nach seinem Ausscheiden stieß es auf allgemeinen Widerstand. Aus den Erfahrungen der Napoleonischen Kriege heraus konstruierte Metternich den Deutschen Bund auch als mitteleuropäische Defensivkraft, und zwar gegen den nationalstaatlichen Trend des 19. Jahrhunderts. Aber die nationale Machtballung im Herzen Europas, die Bismarck schuf, war nur im Rahmen seiner eigenen europäischen Friedenspolitik für die anderen Mächte akzeptabel und tragbar. Da die nationalstaatliche Form kein geeignetes Mittel war, Zwischeneuropa zwischen Rußland und Deutschland für längere Zeit zu organisieren, kann man sehr wohl fragen, ja meinen, daß die föderale Form des alten Reiches der richtige Weg dazu gewesen wäre. Ich bin kein Reichsromantiker und sage trotzdem, daß Preußens Aufstieg zur Großmacht das alte Reich gesprengt und daß seine Hegemonie die innere Form des neuen Reiches geprägt hat. Preußen war ein Militärstaat, weil sein militärisches Potential das normale Maß überstieg; Preußen war sogar die konzentrierteste Ballung staatlicher Macht und auf militärischer Basis in der deutschen Geschichte, wie Schieder formuliert hat. Das schließt nicht aus, daß es ein sauberer und ehrlicherer Beamten- und Rechtsstaat war als viele andere bis heute. Aber seine Basis für eine Großmachtpolitik war zweifellos zu schmal und mußte zu einer militärischen Hypertrophie führen. Nur durch dauernde Überbeanspruchung aller verfügbaren Kräfte und nur durch dauernde Anlehnung an das mächtigere Rußland konnte sich Preußen-Deutschland in der Reihe der Großmächte halten. Bismarck konnte den kleindeutschen Nationalstaat unter preußischer Hegemonie überhaupt nur aufbauen, weil Rußland im Krimkrieg 1853/56 bedeutend geschwächt war. Bismarcks europäische Vermittlung auf dem Berliner Kongreß 1878 aber erregte Rußlands Verdacht, das erwartet hatte, daß das neue Reich unter preußischer Führung auf die russische Linie des alten Preußen einschwenken würde.

Das Bismarck-Reich befriedigte im ganzen die nationalen und politischen Sehnsüchte und Bedürfnisse seiner Bürger und fand Loyalität, ja bei vielen sogar begeisterte Zustimmung bis heute. Aus den Gründen, die ich oben schon skizziert habe, gilt das trotz des zunächst kraftvollen Widerstandes seines Zentrums unter Führung Jörgs und dann des fränkischen Adligen Arbogast Freiherr von Frankenstein, der sich zum Freunde Bismarcks wandelte, auch für Bayern. Dieser Staat, den Bismarck anders behandeln mußte als seine süddeutschen Nachbarn, weil er eine so starke Konsistenz, ein so lebendiges Staats- und Kulturbewußtsein hatte, daß Bismarcks Kredit und Ansehen vom möglichst freiwilligen Beitritt desselben abhing, wurde deshalb auch mit ganz besonderen Reservatrechten belohnt, obwohl sein führender Unterhändler Graf Bray-Steinburg sich bis zuletzt wei-

gerte, dem Norddeutschen Bund beizutreten, und für sich ein eigenes Verfassungsbündnis forderte. Aus diesem Grunde fehlt auch Bayerns Unterschrift unter der Verfassungsurkunde des zum Reich erweiterten Norddeutschen Bundes. Bismarck beließ diesem Bundesstaat trotz grundsätzlicher Aufgabe der Souveränität in der Außenpolitik sogar ein Gesandtschaftsrecht und tat überhaupt alles, um sein Staatsbewußtsein und seine staatliche Form unter allen Umständen zu schonen. Der bayerische König blieb militärischer Oberbefehlshaber im Frieden, sein Staat besaß volle Finanz-, Budget- und Verwaltungshoheit. Das Reich war Kostgänger bei den Bundesländern, auch bei Bayern; Bayern behielt sein eigenes Post-, Telegraphen-, Eisenbahnwesen, seine eigene Biersteuer. Der Reichsschmied kompensierte diese Großzügigkeit durch eine genaue Kontrolle aller bayerischen Schritte, wozu ihm die Krankheit und Bauleidenschaft des Monarchen, die Hörigkeit der anonymen Ministeroligarchie und des großbürgerlichen Kapitalismus in Bayern sowie der wachsame Hofhund Werthern von Beichlingen völlig freie Hand ließen. Letzterer steigerte sich immer mehr in einen Haß gegen Bayern und auch den Katholizismus, so sehr, daß Bismarck sich nicht mehr durch ihn allein informieren ließ. Es kommt deswegen nicht von ungefähr, daß zwei leitende bayerische Minister, Hohenlohe-Schillingsfürst und im Ersten Weltkriege Graf Hertling, zu deutschen Reichskanzlern ernannt wurden. Das bayerische Verwaltungsbeamten-tum, das die Hand am Puls des Volkes im Lande draußen hatte, war stramm nationalliberal. Der notorische und vielberedete bayerische Preußenhaß kam erst hoch während des Ersten Weltkrieges und war vor allem die Folge der Mißstände in der Ernährungs- und Kriegswirtschaft, wie mein Schüler Ay trefflich gezeigt hat. Es ist ein starker Beweis *post festum* für die positive innerstaatliche Funktion des Bismarckreiches, daß, wie ich schon früher hervorhob, der maßgebliche bayerische Ministerpräsident der Weimarer Republik Heinrich Held sich die Reform des deutschen republikanischen Bundesstaates nur als Restauration des Bismarckreiches vorstellen konnte. Die Verfassung von Weimar hat die bayerischen Reservatrechte beseitigt und die Souveränität auf das Mindestmaß der Kulturautonomie, der Verwaltungs- und Budgethoheit beschränkt und diese drei außerdem durch die ungenügende Lösung des Finanzausgleichs ständig in Frage gestellt. Man hat in Bayern oft gesagt, daß in der Zeit fehlender monarchischer Initiative (1864—1912 bzw. 1918) in Bayern nur verwaltet, nicht regiert wurde. Das ist richtig, etwas anderes war auch nicht möglich. Erst als die Souveränitäts- und Verfassungsverhältnisse sich seit der Revolution grundlegend gewandelt und in Gefahr geraten waren, entfaltete der demokratische bayerische Verfassungsstaat auf der Grundlage der Volkssouveränität eine aktivere Staats- und Souveränitätspolitik in Weimar wie im Bonner Bundesstaat und das, so scheint mir, macht gerade sein Gewicht aus.

Ich fasse zusammen. Das Verdammungsurteil über den Hitlerstaat reicht nicht aus zur Begründung eines nur negativen Urteils über die Bismarcksche Reichsgründung. Trotzdem ist es erlaubt zu fragen, ob diese Lösung der deutschen Frage dem Trend und der Anlage der deutschen Geschichte entsprach, besonders dann, wenn man einmal das Fahrwasser der offiziellen deutschen Geschichtsauffassung von Treitschke bis heute verläßt und, wie hier in diesem Vortrag, der

Aspekt des Dritten Deutschland der Mittel- und Kleinstaaten, d. h. die Alternative des Deutschen Bundes, in die Debatte geworfen und auch ernsthaft diskutiert wird. Es bleibt die Feststellung, daß der von Theodor Schieder apostrophierte verhängnisvolle Gestaltwandel deutscher Geschichte und Politik eine Wendung vom Defensiven zum Aggressiven sowohl im preußischen Militärstaat wie in der Wirtschaftsexpansion des liberalen Bürgertums gebracht hat. Man kann auch nicht übersehen, daß das um Kleindeutschland vergrößerte Preußen die Struktur der europäischen Mitte wesentlich verändert hat; diese aber war ein Element des Friedens. Genau so wie die Menschen und Historiker der habsburgischen Nachfolgestaaten heute den Zusammenbruch der Donaumonarchie tief bedauern, müssen wir erkennen, daß der Auseinanderfall der deutschen Restnation im Gefolge zweier Weltkriege schicksalhaft durch Königgrätz eingeleitet oder mit ausgelöst wurde. Nicht nur die DDR, d. h. das altpreußische Gebiet, hat den Zuwachs des 19. Jahrhunderts wieder aufgeben müssen, wie ganz Ostmitteleuropa ist auch sie dem russischen Machtbereich eingegliedert worden, viel stärker als das im Bismarckreich der Fall war. Die Bundesrepublik, d. h. der Westen und Süden des alten Nationalstaates, im Grunde mit Ausnahme Thüringens und des alten Königreichs Sachsen, des Dritten Deutschland, ist bis heute ein halbselbständiger und ungeformter Staat ohne eigentliche Staatsräson und ohne Tradition geblieben, worauf der schon einmal zitierte Jaspers mahnend hingewiesen hat. Allein Bayern macht in der deutschen Bundesrepublik eine gewisse Ausnahme, und das ist nicht die Ruhmrederei oder das Protzertum eines Altbayern. Die Bundesrepublik ist nach dem Willen aller im wesentlichen ein „Wirtschaftsstaat“ geworden, der in seinem Bekenntnis zu Europa am glaubwürdigsten ist. Damit aber kehren wir abschließend zu unserem Thema auf höherer Ebene zurück.

Europa basiert genau wie zu Metternichs Zeiten auch heute noch irgendwie auf der *balance of power*, was Charles de Gaulles und Pompidou uns zu Bewußtsein gebracht haben und bringen. Dieses Prinzip, dasselbe wie im Deutschen Bund, und seine historische Form haben den Frieden konstituiert und erhalten. Friede ist nicht identisch mit Neutralität und Neutralisierung, wenn man darunter Abtreten von der politischen Bühne versteht. Friede ist historisch gesehen positives Ringen um ein gesamt-europäisches Konzept, eine Friedensordnung zwischen zwei Machtblöcken, Überwindung des Denkens in rivalisierenden Nationalstaaten. Die Einheit Europas war noch niemals aktives politisches Ziel der Europäer, nur zweimal im Mittelalter und in der frühen Neuzeit ist sie eine defensive Idee gewesen. So wie der Deutsche Bund die dritte Kraft im größeren Deutschland war und Bayerns Triasidee, die Idee einer Ordnung dieses dritten Deutschland zwischen zwei deutschen Großmachtblöcken, konzipierte, kann auch Europa zur dritten Kraft zwischen den Weltmachtblöcken werden und eine Triasidee zugunsten Frankreichs wäre mehr als vernünftig. Unsere Überlegung über bayerische Souveränität kehrt also zu vernationalstaatlichen Formen und Modellen zurück, die man nicht schematisch kopieren kann. Damit aber stehen wir erst am Anfang einer bundesrepublikanischen Politik mit veränderten politischen Zielen, die sich nicht nach dem Wirtschaftswunder allein ausrichten. Die bayerische und süddeutsche Souveränität und die Entstehung des kleindeutschen Reiches münden in

unideologischer Geschichtsbetrachtung in ein Konkursverfahren unserer nationalen Geschichte ein, das uns zu härtester Analyse unserer nationalen Existenz und Substanz zwingt. Der Erlanger Historiker E. Diwald hat diese Bilanz in seinem Buch „Die Anerkennung. Bericht zur Klage der Nation“ (1970) durchgeführt. Die aktuelle und historisch glaubhafte Konsequenz daraus wäre der volle europäische Einsatz für eine europäische Friedensordnung in aktiver Neutralität durch föderalen Zusammenschluß unter dem Vorgang eines Staates, worauf Franz Joseph Strauß schon mehrmals hingewiesen hat. Diese Konsequenz liegt im Sinne unseres bisherigen geschichtlichen Daseins. Der einheitliche und zentralistische Nationalstaat hat sich nicht als geeignete Form für eine solche Politik erwiesen. Die zweifellos große Leistung Bismarcks gibt uns Heutigen keinen Trost mehr, sondern nur die Mahnung, nach neuen Möglichkeiten und Formen einer kraftvollen europäischen Gemeinschaft auszuschaun; denn die Souveränität der mittleren und kleineren Staaten Europas ist nicht nur gefährdet, sondern zum Teil unmöglich. Was augenblicklich und in Zukunft bleibt, ist die in sich ruhende und konsistente Kraft eines deutschen Bundesstaates wie Bayern, der noch ein eigenes und eigenständiges Staats- und Kulturbewußtsein erhält und ausprägt, zum Wohle des Ganzen. Man kann schließlich ja auch noch die begründete Überzeugung haben, daß in Zukunft die große Lebensordnung unseres Staates nicht auf der politischen Ebene Bonns sondern auf kommunaler und Landesebene ventiliert und gelöst wird.